

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Die Fraktion. DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in der Tarifaueinandersetzung ohne Wenn und Aber.

Dem öffentlichen Dienst eine Zukunft geben

DIE LINKE will ein leistungsfähiges öffentliches Bildungswesen und eine funktionsfähige Verwaltung. Ein gut ausgestatteter Öffentlicher Dienst ist Voraussetzung für eine lebenswerte Existenz der Menschen in unserem Land.

Die LINKE setzt sich deshalb gegen alle Versuche ein, den öffentlichen Dienst als Kürzungsreserve und Sparreservoir für eine verfehlte Finanz- und Steuerpolitik zu verwenden.

Im Bundesvergleich hat Schleswig-Holstein bezogen auf die Einwohnerzahl mit dem Land Hessen den kleinsten Öffentlichen Dienst aller Flächenländer. Trotzdem wollen alle anderen Landtagsfraktionen in unterschiedlicher Schärfe weitere Einschnitte im Öffentlichen Dienst durchsetzen.

Die Landtagsfraktion DIE LINKE hat als einzige Fraktion bei den Haushaltsberatungen gegen alle Anträge gestimmt, die einen weiteren Personalabbau in Schleswig-Holstein vorgesehen haben. Über viele Jahre hat es zu wenig Neueinstellungen gegeben. Die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes ist minimiert worden und viele Mitarbeiterinnen, viele Mitarbeiter fühlen sich persönlich von der Politik in Stich gelassen. Bereits jetzt ist ein Zusammenbruch vieler öffentlicher Funktionen absehbar, weil in den nächsten Jahren sehr viele berufserfahrene Fachkräfte in Rente oder Pension gehen. Schleswig-Holstein braucht in den kommenden Jahren eine große Zahl gut ausgebildeter junger Menschen.

DIE LINKE wendet sich gegen die verheerende Kürzungspolitik der letzten Jahre und will die Rückkehr zu einer vernünftigen Personalentwicklungspolitik, die den öffentlichen Dienst nicht dauernd am unteren Limit hält, sondern auch Reserven vorsieht.

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben lehnen wir ohne Wenn und Aber ab.

Mitbestimmung erhalten

Die Landtagsfraktion Die LINKE hat bei den Haushaltsberatungen als einzige Fraktion einen Antrag gestellt, dass Mitbestimmungsgesetz nicht anzutasten. Als einzige Fraktion hat Die LINKE gegen die Streichung der Sitzungsgelder für Personalratssitzungen gestimmt. Die symbolische Streichung dieses Geldes setzt ein falsches Signal. Die Fraktion beobachtet mit Sorge die Tendenz die Arbeitnehmervertretungen fortgesetzt zu schwächen. Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Mitbestimmung.



V.i.S.d.P.: Ramona Hall c/o Fraktion DIE LINKE. im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Tel. 0431-988 1600, info@linke.ltsh.de
www.linksfraktion-sh.de